

## Seilziehen um das Wahlsystem

**Abstimmungen** Keine Frauenquote, kein «Doppelter Pukelsheim»: Der St. Galler Kantonsrat hat gestern das Gesetz über Wahlen und Abstimmungen teilweise beraten. Zum E-Voting wird sich das Parlament in den nächsten Tagen äussern können.

Der Erlass stammt aus dem Jahr 1971 und heisst noch «Gesetz über Urnenabstimmungen». Obwohl viele Anpassungen darin nicht nur unbestritten, sondern dringend notwendig sind, stellte die SP-Grüne-Fraktion einen Rückweisungsantrag. Beim Wahlsystem im Proporz seien dringende Korrekturen verpasst worden: «Dadurch kommt es zu grossen Verzerrungen bei der Sitzverteilung», kritisierte Guido Etterlin (SP). Einerseits würden die grossen Parteien bevorzugt, andererseits sei eine Stimme je nach Wohnort nicht gleich viel wert. Etterlin sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Einführung des «Doppelten Pukelsheim» aus. Dabei handelt es sich um eine Methode der Sitzverteilung, die über zwei Runden geht und bei der jede Stimme im Kanton dasselbe Gewicht hat. Die Methode funktioniert auch, wenn die Wahlkreise sehr unterschiedliche Grössen haben. Der Kantonsrat wies den Antrag allerdings ab.

### Frauenquote fiel durch

Auch mit der Einführung einer Frauenquote scheiterte die Linke: «Der Anteil der Frauen in diesem Rat liegt aktuell unter 20 Prozent. Das verlangt nach einer Korrektur», so Max Lemmenmeier (SP). Nur wenn genügend Frauen auf den Wahllisten stünden, würden sie auch gewählt. Die Parteien sollen gesetzlich verpflichtet werden, auf ihren Wahllisten mindestens einen Drittel Frauen aufzustellen. Unterstützung fand der Antrag bei einigen bürgerlichen Kantonsrätinnen zumindest ideell – das Gesetz sei aber der falsche Ort für eine Quotenregelung. Tomi Thoma (SVP) warnte den Rat sogar vor «reinen Frauenlisten», die – im Gegensatz zu reinen Männerlisten – durch den Antrag erlaubt würden. Zu diskutieren gab zudem eine Neuerung bei der Vergabe der Wahllistennummern. Der Artikel konnte aber gestern Abend nicht mehr fertig beraten werden, auch die Regelung des E-Votings steht noch aus (sib)

# Die sportliche Umweltfreisinnige

**Kantonsratspräsidentin** Die Lütisburger FDP-Kantonsrätin Imelda Stadler ist zur «höchsten St. Gallerin» gewählt worden. Bekannt im Kanton ist sie vor allem als Präsidentin des Turnverbands und der Wanderwege.

Marcel Elsener  
marcel.elsener@tagblatt.ch

In Basel ist gestern zum ersten Mal in der 108-jährigen Geschichte des Fasnachtskomitees eine Frau gewählt worden. So dominant wie in der Basler Fasnacht ist die Männerherrschaft in der St. Galler Politik nicht mehr: Jedoch ist Imelda Stadler, die gestern mit 99 von 99 gültigen Stimmen als Kantonsratspräsidentin gewählt wurde, die erste Frau an der kantonalen Parlamentsspitze seit neun Jahren, als Elisabeth Schneider das Präsidium übernahm. Und sie ist erst die achte St. Galler Kantonsratspräsidentin, nachdem 1980 Johanna Nüesch-Winzler das seit 1803 stets von Männern regierte Parlament als erste Frau anführte.

Als Frau als Erste und oft allein in Männergremien bestehen zu können, davon kann die FDP-Kantonsrätin und Lütisburger Gemeindepräsidentin ein Lied singen. So ist sie etwa – als Vizepräsidentin – im Fraktionsvorstand oder im Vorstand der Amtsbürggenossenschaft die einzige Frau. «Ich bin nicht für Quoten», sagt sie, «aber für gezielte Förderung: Jede Frau sollte in ihrem Gremium stets auch Frauen unterstützen und vorschlagen.» Leider sei es «immer noch so, dass eine Frau überzeugt werden muss, dass sie etwas kann».

### Als Leichtathletin an die Spitze des Turnverbands

Beweisen muss Imelda Stadler, Jahrgang 1959, ursprünglich Lehrerin, Familienfrau und Mutter von drei erwachsenen Kindern (zwei Töchter, ein Sohn) und Grossmutter von vier Enkelkindern, in zweiter Ehe mit einem Finanzmitarbeiter eines Ostschweizer Konzerns verheiratet, seit 2006 Kantonsrätin und seit 2010 Gemeindepräsidentin (mit 50-Prozent-Anstellung), schon lange nichts mehr. «Ich habe mir vieles zugeutraut und vieles angepackt, und nichts konnte mich umhauen», sagt sie schmunzelnd. «Aber manchmal muss man sich bewusst werden, was man sich nebst der Familie noch aufladen und ob man so stark in den Fokus der Öffentlichkeit will.» Eine feine Antwort auf die



Endlich wieder einmal eine Frau als Kantonsratspräsidentin: Imelda Stadler (FDP).

Bild: Urs Bucher

Frage, ob sie sich ein Amt in der St. Galler Regierung oder im Bundesparlament vorstellen könnte; tatsächlich war sie zeitweise als Kandidatin für die Nachfolge Willi Haags gehandelt worden, und für den Nationalrat hat sie bereits dreimal kandidiert, mit stets guten Resultaten. Auf die Liste habe sie sich setzen lassen, um der FDP zum «grünen Gewissen» zu verhelfen, sagt die Umweltfreisinnige; ein viertes Mal 2019 sei eher unwahrscheinlich.

Zur Politik kam Imelda Stadler spät, ihr gesellschaftliches Engagement begann zunächst im

Sport, für den sie «lange Zeit alles gab». Im Turnen absolvierte die laufstarke Leichtathletin und Kunstturnerin, was man in der Politik «Ochsentour» nennt: Sie war in allen möglichen Chargen tätig, von der Damenriege Bazenheid bis zum Präsidium des St. Galler Turnverbands, bis heute ist sie im Vorstand der IG St. Galler Sportverbände sowie als Stiftungsratspräsidentin des Leistungszentrums Ostschweiz tätig; dazu präsidiert sie, als begeisterte Familienwandererin, die Vereinigung St. Galler Wanderwege. Chargen, in denen sie sich als

Frau ebenfalls «durchbeissen musste», wie sie andeutet, und in denen manchmal auch politische Kenntnisse gefragt waren. Im engeren Sinn politisch wurde Imelda Stadler erst im Alter um etwa vierzig: «Schuld» war der Ganterschwiliger FDP-Gemeinderat Albert Kramer, der sie und ihren Mann («ihn zuerst, wie immer») zur Mitgliedschaft in der Partei überredete – erfolgreich, weil ihr «seine gute Sachpolitik» imponierte. Sie begann als Beisitzerin, war bald Ortsparteipräsidentin. Dabei stammt die überzeugte Liberale aus einer CVP-Familie,

ihr Vater, Möbelschreiner und später Versicherungsangestellter, war ein Cousin von Bundesrat Arnold Koller und arbeitete in der Firma des Vaters von CVP-Regierungsrätin Rita Roos.

### FDP-Dorfgemeinderat und die starke Mutter

Die Debatte um einen Neubau der Bazenheid Kirche nennt sie als politische Initialzündung in ihrer Jugend, wichtiger noch war aber der Einfluss der Mutter: Die Damenschneiderin mit Jahrgang 1928 sprach mehrere Sprachen, fuhr Auto und nahm ihre Tochter regelmässig mit zum Einkauf nach Zürich. «Sie war mein grösstes Vorbild», sagt Imelda Stadler. Als weitere prägende Persönlichkeiten nennt sie Nelson Mandela oder die frühere FDP-Ständerätin Christine Egerszegi («korrekt und bodenständig, man hörte ihr zu, ohne dass sie poltern musste»). Was durchaus auch für Imelda Stadler zutrifft: Sie ist nicht für schrille Vorstösse bekannt, sondern für stille Kommissionsarbeit, am längsten in der staatswirtschaftlichen. Doch kann sie sehr wohl resolut vertreten, was ihr, etwa in der Bildung oder im Sport, am Herzen liegt.

Warum die neue Ratspräsidentin die eigenständige, beherrschende, belastbare Persönlichkeit ist, die sie ist, hängt auch mit dem frühen Verlust des Vorbilds zusammen: 1974 stirbt die Mutter an den Folgen eines Autounfalls, der Verursacher war betrunken und zu schnell unterwegs, Vater und 15-jährige Tochter überleben schwer verletzt. Eine schmerzhaft prägende Erfahrung und ein «automatischer Grund, mehr Verantwortung zu übernehmen» – für ihre vier jüngeren Brüder. Ebenfalls von der Flawiler Mutter begünstigt ist die Freude am Schönen und am eigenen Naturgarten. Wie viel der Toggenburgerin an ihren Wurzeln liegt, besagten gestern die im Rat verteilten Glückskäfer der Flawiler Schoggi-Fabrik, die just seit 1959 auf dem Markt sind. Die Sportliebe bezeugten die Fürstenländer Kunstturnerinnen, die Ausschnitte aus dem Musical «Grease» gar auf den Tischen der Regierung tanzten – Frauenpower mit einem Hauch von Rebellion.

## FDP und SVP werfen Gesundheitschefin Falschaussage vor

**Spitaldebatte** Die Fraktionen von FDP und SVP gehen mit der Regierung harsch ins Gericht. Sie setze das Vertrauen aufs Spiel. Das Parlament hat gestern denn auch beschlossen, eine Spezialkommission «Spitäler» einzusetzen.

Die Chefs der vier Fraktionen des St. Galler Kantonsparlaments haben gestern eine heikle und happe Aufgabe gefasst: Sie müssen quasi über Nacht ihre Mitglieder für eine 21-köpfige Spezialkommission zur Spitalpolitik bestimmen. Beauftragt hatte die parlamentarische Spitalkommission die SVP – und sie setzte sich mit Hilfe der FDP durch. Das Kantonsparlament müsse seine Verantwortung wahrnehmen, hatte SVP-Fraktionschef Michael Götte argumentiert. Die Kommission soll den Lenkungsausschuss, den die Regierung eingesetzt hat, begleiten und «Ansprachpartner» für den Spitalverwaltungsrat sein.

Peter Hartmann, Fraktionschef von SP und Grünen, sprach von einem «Schnellschuss der SVP». Es gehe nicht an, dass das Parlament «Kommissionen auf Vorrat» bilde, und genau dies geschehe nun. Unterstützt wurde die Linke von CVP und Grünliberalen. Es ist erst wenige Jahre her, seit das Parlament über eine ständige Gesundheitskommission diskutiert – und schliesslich davon abgesehen – hatte. In der gestrigen Debatte war da und dort ein verspäteter, bedauernder Unterton darüber auszumachen.

Im Unterschied zu anderen Kantonen kennt St. Gallen auch keine parlamentarische Untersu-

chungskommissionen (PUK). Die neu eingesetzte Kommission soll deshalb zum einen die Vergangenheit und Verantwortlichkeiten aufarbeiten; zum andern mit helfen, Lösungen für die künftige Spitalstrategie aufzuzeigen.

### War Gesundheitsökonom vorinformiert?

Gestern sind zudem zwei dringliche Vorstösse eingereicht worden. FDP und SVP fordern in ihrer Interpellation Auskunft darüber, zu welchem Zeitpunkt Dritte «im Besitz des Grobkonzepts des Spitalverwaltungsrats oder einer beliebigen Entwurfsstufe davon» waren. Auslöser da-

für ist die Bewertung des Grobkonzepts durch Gesundheitsökonom Willy Oggier; er hatte es zerzaust (Ausgabe vom 2. Juni). Die beiden Fraktionen sprechen von einem «Schnellschuss» der Experten und fragen sich, ob er möglicherweise vor der Öffentlichkeit darüber in Kenntnis gesetzt worden war. «Offen ist, ob das Gesundheitsdepartement oder seine Vorsteherin die Stellungnahme von Oggier bewusst lanciert haben, um die Strategie des Verwaltungsrates und die Politik des Regierungsrats zu hintertreiben.» Sie verlangen zusätzlich Auskunft darüber, wie viele Mandate das Gesundheitsdepartement

oder die Regierung in den letzten zehn Jahren Oggier erteilt haben. Und sie wollen wissen, ob die Regierung ein Gegengutachten zum Grobkonzept des Spitalverwaltungsrats plant.

### Soll Spital-VR weitere Varianten prüfen?

Schliesslich werfen FDP und SVP Gesundheitschefin Heidi Hanselmann vor, gegenüber einzelnen Parlamentsmitgliedern eine falsche Auskunft und Information erteilt zu haben. Die beiden Fraktionen verlangen nun Auskunft darüber, wie es zur «Falschaussage» der Regierungsrätin habe kommen können.

Auch CVP und Grünliberalen brennt es auf den Nägeln. Sie fordert dringlich Auskunft darüber, ob die vom Volk 2014 gutgeheissenen Spitalinvestitionen «aus ordnungspolitischer wie rechtsstaatlicher Sicht nicht getätigt, nur teilweise ausgeführt oder umgelagert werden können». Die Fraktion will zudem wissen, ob die Regierung den Spitalverwaltungsrat beauftragen wird, zusätzliche Varianten für die stationäre Versorgung im Kanton zu prüfen; er will diese auf vier Standorte konzentrieren.

Regula Weik  
regula.weik@tagblatt.ch